

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-Anzeiger

Das Tagesblatt erscheint zu jedem Sonntag: Monats-Bezugspreis 1,50 Mk., bei Abnahme in den Hauptstädten bis zum 1. April 1932: 1,20 Mk., bei Abnahme in Ostpreußen 1,50 Mk., im Ausland 2,00 Mk. Einzelhefte 50 Pf., Vierteljahrspreis 1,50 Mk., Semestralpreis 3,00 Mk., Jahrespreis 6,00 Mk. — Gemeindegeldbesitzer: Frankenberger Anzeiger 5 Pf. — Telegramm: Tagesblatt Frankenberger.

Wagelngewicht: 1 Millimeter Höhe einseitig (= 30 mm breit) 7 1/2, 10 mm, 12 mm, 15 mm, 20 mm, 25 mm, 30 mm, 35 mm, 40 mm, 45 mm, 50 mm, 55 mm, 60 mm, 65 mm, 70 mm, 75 mm, 80 mm, 85 mm, 90 mm, 95 mm, 100 mm, 105 mm, 110 mm, 115 mm, 120 mm, 125 mm, 130 mm, 135 mm, 140 mm, 145 mm, 150 mm, 155 mm, 160 mm, 165 mm, 170 mm, 175 mm, 180 mm, 185 mm, 190 mm, 195 mm, 200 mm, 205 mm, 210 mm, 215 mm, 220 mm, 225 mm, 230 mm, 235 mm, 240 mm, 245 mm, 250 mm, 255 mm, 260 mm, 265 mm, 270 mm, 275 mm, 280 mm, 285 mm, 290 mm, 295 mm, 300 mm, 305 mm, 310 mm, 315 mm, 320 mm, 325 mm, 330 mm, 335 mm, 340 mm, 345 mm, 350 mm, 355 mm, 360 mm, 365 mm, 370 mm, 375 mm, 380 mm, 385 mm, 390 mm, 395 mm, 400 mm, 405 mm, 410 mm, 415 mm, 420 mm, 425 mm, 430 mm, 435 mm, 440 mm, 445 mm, 450 mm, 455 mm, 460 mm, 465 mm, 470 mm, 475 mm, 480 mm, 485 mm, 490 mm, 495 mm, 500 mm, 505 mm, 510 mm, 515 mm, 520 mm, 525 mm, 530 mm, 535 mm, 540 mm, 545 mm, 550 mm, 555 mm, 560 mm, 565 mm, 570 mm, 575 mm, 580 mm, 585 mm, 590 mm, 595 mm, 600 mm, 605 mm, 610 mm, 615 mm, 620 mm, 625 mm, 630 mm, 635 mm, 640 mm, 645 mm, 650 mm, 655 mm, 660 mm, 665 mm, 670 mm, 675 mm, 680 mm, 685 mm, 690 mm, 695 mm, 700 mm, 705 mm, 710 mm, 715 mm, 720 mm, 725 mm, 730 mm, 735 mm, 740 mm, 745 mm, 750 mm, 755 mm, 760 mm, 765 mm, 770 mm, 775 mm, 780 mm, 785 mm, 790 mm, 795 mm, 800 mm, 805 mm, 810 mm, 815 mm, 820 mm, 825 mm, 830 mm, 835 mm, 840 mm, 845 mm, 850 mm, 855 mm, 860 mm, 865 mm, 870 mm, 875 mm, 880 mm, 885 mm, 890 mm, 895 mm, 900 mm, 905 mm, 910 mm, 915 mm, 920 mm, 925 mm, 930 mm, 935 mm, 940 mm, 945 mm, 950 mm, 955 mm, 960 mm, 965 mm, 970 mm, 975 mm, 980 mm, 985 mm, 990 mm, 995 mm, 1000 mm.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt. Notationsdruck u. Verlag: C. G. Koberg (Inh. Ernst Koberg) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Riegert, Frankenberg.

Nr. 75

Donnerstag den 31. März 1932 nachmittags

91. Jahrgang

Doch noch Donaufkonferenz in der nächsten Woche?

Lardieu hat „keine Zeit zu Höflichkeit“

London, 31. 3. (Funkdruck) Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ meldet, die englische Regierung habe ursprünglich den 6. oder 7. April als Zeitpunkt für die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaufkonferenz interessierten Großmächte vorgesehen und hoffe noch immer, daß die Konferenz in der nächsten Woche zustandekommen werde. Sollten die deutschen oder die italienischen Minister Wert auf vorherige private Besprechungen mit ihren englischen Kollegen legen, so würde ihnen sicherlich Gelegenheit dazu gegeben werden.

Paris, 31. 3. (Funkdruck) Der ehemalige Ministerpräsident Herriot beschäftigt sich in einem bemerkenswerten Artikel mit der französischen Initiative zur Schaffung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Donaufstaaten. Herriot wirft u. a. die Frage auf, ob angesichts der bereits bestehenden Schwierigkeiten in der Reparations- und Abrüstungsfrage der Augenblick geeignet erscheint, diesen Schwierigkeiten durch die Donaufstaatenfrage neue hinzuzufügen. Welches ist die wahre Außenpolitik Frankreichs? Was wollen

wir? Einen handlungsfähigen Völkerbund, eine wirksame europäische Vereinigung, regionale Abkommen von der Art, wie wir sie Deutschland verweigert haben? Sollen die vier Großmächte den fünf Donaufstaaten den Weg vorbereiten? Warum sollen die fünf nicht den vier den Weg ebnen, wie dies Benech vorgeschlagen scheint? Und wenn die vier sich den fünf anschließen, um neun Staaten zu bilden, was wird dann aus Europa in diesem Abenteuer? Man verliert sich darin. Das Schlimmste aber ist, daß wir dadurch den Eindruck erwecken, als wollten wir improvisieren. Kommen wir nicht wieder langsam zur Politik der Bündnisse zurück, die Briand durch internationale Zusammenarbeit ersetzen wollte? Wäre es nicht richtiger gewesen, wenn sich die Donaufstaaten unter sich geeinigt hätten, bevor man die Großmächte in Bewegung setzte, die schon durch so viel andere Fragen getrennt sind?

Herriot gibt abschließend seiner Beurteilung Ausdruck, die die von Frankreich angestrebte Lösung der Donauffrage bei ihm auslöst. Die französische Initiative, so betont er, sei getrieben, die schwierige Außenpolitische Lage Frankreichs mit aller Deutlichkeit zu offenbaren. Es sei zu befürchten, daß Frankreich in nicht zu ferne Zukunft vollkommen vereinsamt dastehen, denn es sei schon heute kein Geheimnis mehr, daß die gesamte Weltpresse ihm feindselig gegenüberstehe.

England für weitere Verschleppung der Tributfrage?

Erst heroische Reden, dann klägliches Ausweichen

Ein Warnruf des „Daily Herald“

London, 31. 3. (Funkdruck) Der diplomatische Mitarbeiter des sozialistischen „Daily Herald“ sagt, die englischen Minister, die noch vor zwei Monaten erklärten, daß die Dinge nicht so bleiben könnten, wie sie seien, hätten nunmehr entschieden, daß es unmöglich sei, in der Tributfrage etwas zu tun. Der Schatzkanzler sei der Ansicht, daß die Lausanne Konferenz nur das für Deutschland gültige Moratorium um 6 Monate verlängern und sich dann verlagern solle, wobei er die Hoffnung habe, daß sich nach den amerikanischen Wahlen eher etwas erreichen lasse. Lardieu werde am Montag bei einem Londoner Besprechungen mit großem Verdrüß hören, daß jeder Gedanke einer Revision des Youngplanes, oder einer Streichung der Tribute fallen gelassen worden sei. Dies gebe ihm die „gemeinsame Front“, auf die er so großen Wert lege. Einen solchen englisch-französischen Vorschlag könne jedoch Deutschland ungenügend annehmen, da eine Verlängerung der bisherigen Abmachungen die zukünftigen deutschen Verpflichtungen nur noch erhöhen würde. Deutsch-

land hätte nicht nur die fälligen Zahlungen nach Ablauf des Moratoriums wieder aufnehmen, sondern müßte vom nächsten Jahre ab 180 bis 200 Millionen Mark mehr als Rückzahlung auf die gestundeten ungeklärten Jahreszahlungen abführen. Eine einfache Verlängerung des Moratoriums würde diese Verpflichtungen auf etwa 270 bis 300 Millionen Mark erhöhen.

Der diplomatische Mitarbeiter des Blattes erklärt weiter: Die Lage in Deutschland verschlechterte sich von Tag zu Tag. Die Aussicht sei so schnell, daß man im April oder Mai keinen Ausfuhrüberschuß mehr erwarten könne. Alle Versuche, die Lage durch Verminderung der Einfuhr und durch Devisenrestriktionen zu retten, seien vergeblich gewesen. Im Hinblick hierauf sei es kaum verständlich, wenn man von einer Verlängerung des Moratoriums und von einer neuen Erörterung der Lage nach seinem Ablauf spreche. Nach den heroischen Reden MacDonalds, wichen jetzt die englischen Minister der wichtigsten europäischen Frage aus. Der Schatzkanzler Chamberlain entwich nach Ottawa. Sir John Simon ziehe es vor, über die Zölle der Donaufstaaten zu sprechen.

Italien und Lardieus Reise nach England

Rom, 30. 3. Die Selbsteinladung Lardieus nach London, durch die der Quai d'Orsay, wie es scheint, eine Vertagung der beabsichtigten Viermächtekonferenz erreicht hat, wird in Italien mit kaum verhohlenen Mißmut aufgenommen. Die in der Beurteilung der Lage nach zurückhaltende italienische Presse mißt dem Besuch Lardieus in London den Zweck bei, den geringsten Erfolg des ursprünglichen Donauplannes zu verschleiern. Wäre Herr Lardieu nur ruhig nach London gehen, sagt die „Tribuna“, niemand wird ihn daran hindern. Doch das selbe Blatt gibt seinem Unwillen über den Verlauf der Angelegenheit anschließend recht offen Ausdruck, indem es bemerkt, mit welcher geringer Weisheit die Welt doch regiert werde. Zusammenfassend kann man feststellen, daß in Italien erste Mißstimmung über die Verschleppung der dringlichen Donaufangelegenheit herrscht.

Die Pariser Presse ist pessimistisch

Paris, 31. 3. (Funkdruck) In der Pariser Presse beurteilt man die Aussichten der Londoner Reise des französischen Ministerpräsidenten recht pessimistisch. Die Blätter, die sich

wie der „Populaire“ die Reise direkt verurteilen und Lardieu der Aufdringlichkeit beschuldigen, unterstreichen die maßvolle und kühle Haltung der englischen Öffentlichkeit, die das Ergebnis der bevorstehenden Besprechungen sehr problematisch erscheinen lasse.

Beschlagnahmung von Waffen in Oberbayern

München, 30. 3. Die „Münchener Post“ hatte am Mittwoch gemeldet, daß um die Zeit des 13. März im Chiemgau und Imnau große Waffenlager durch Kriminal- und Landespolizei ausgehoben und vor den Nationalsozialisten und der „neuen Bauernbewegung“ in Sicherheit gebracht worden seien.

Dazu gibt nun die Münchener Polizei folgende Mitteilung: „Am 11. März hatten drei Mitglieder der NSDAP in Rosenheim von einem Landwirt bei Endorf ein leichtes Maschinengewehr, drei Infanteriegewehre, eine größere Anzahl Munition und Leuchttorleuchtensätze herausgelockt. Diese Gegenstände sind nach Rosenheim in das Anwesen des dortigen forstwirtschaftlichen Sachbearbeiters der NSDAP gebracht worden. Im Verlaufe der weiteren polizeilichen Erhebungen, die zur Beschlagnahme der bescheinigten Waffen führten, gelang es, noch weitere Waffenlager aus der Einwohnerwehrgewehr her polizeilich zu erfassen und eine größere Anzahl Telephongeräte aus Heeresbeständen sicherzustellen. Strafanzeige ist erstattet.“

Keine Verschiebung der französischen Wahlen

Paris, 31. 3. (Funkdruck) Der Führer der republikanisch-demokratischen Vereinigung Louis Marin hatte am Mittwoch eine Unterredung mit Ministerpräsidenten Lardieu, um ihm den Wunsch

Kurzer Tagespiegel

Die englische Regierung, die ursprünglich den 6. oder 7. April als Zeitpunkt für die Zusammenkunft der Vertreter der vier an der Donaufkonferenz interessierten Großmächte vorgesehen hat, hofft noch immer, daß die Konferenz im Laufe der nächsten Woche zustandekommen wird.

Ueber das Ergebnis der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen wird berichtet, daß Frankreich eine weitgehende Kontingenterung der deutschen Ausfuhr gefordert und damit ihre weitgehende Einschränkung erreicht hat.

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Eugen Berg übertrug sich in einem neuen „Das neue Harzburg“ betitelten Aufsatz über Fragen der Taktik im Hinblick auf den zweiten Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten.

Nach Meldungen aus Rügenberg ist ein Oberlandjäger in Wittenberg unter dem Verdacht verhaftet worden, Spionage zugunsten Polens getrieben zu haben.

Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg verurteilte am Mittwoch den Schriftsteller Moritz Jarnow, den Verfasser der „Gefesselten Taktik“, auf Grund der Notverordnung zu drei Monaten Gefängnis.

Vom Finanzreferenten der Gemeinde Wien wurde in einer Versammlung die aufsehenerregende Behauptung gemacht, die staatliche Haftung für die österreichische Kreditanstalt sei erschlichen worden.

In der Sozialen Wäule ist ein französisches Verleumdungsverfahren abgelehnt. Dabei ist auch der schwizerische Präsident des Völkerbundsausschusses für die Grenzsetzung zwischen dem Irak und Syrien getötet worden.

Der bekannte Germanist und Literaturprofessor Eduard Sievers ist in Leipzig gestorben.

seiner politischen Freunde zu übermitteln, die Wahlen möglichst erst Ende Mai stattfinden zu lassen. In gut unterrichteten Kreisen erklärt man, Lardieu habe diesen Wunsch abgelehnt und Marin mitgeteilt, daß die Wahlen am 1. und 8. Mai stattfinden würden. Der Ministerpräsident habe seine ablehnende Haltung damit begründet, daß zwischen den Wahlen und dem Zusammentritt der Kammer eine zu kurze Zeitspanne liegen würde, wenn die Wahlen erst Ende Mai stattfänden.

Eugen Berg über das „neue Harzburg“

Eine Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten

Die Fehler der Vergangenheit

Berlin, 30. 3. Der „Deutsche Schnellbrief“ verbreitet einen Artikel Dr. Eugen Bergs: „Das neue Harzburg“, in dem sich der deutschnationale Parteiführer über Fragen der Taktik im Hinblick auf den zweiten Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten, besonders aber im Hinblick auf die Preußenwahl und die Landtagswahlen anderer Länder auseinandersetzt. Zum zweiten Wahlgang am 10. April erklärt er:

Es kommt mir selbstverständlich nicht darauf an, ob der eine oder andere von uns am 10. April für Adolf Hitler stimmt oder nicht, denn das ist praktisch gleichgültig, weil die Mehrheit für Hindenburg sicher ist. Vor allem kann niemand, wenn ihm eine Niederlage sicher ist, vom andern verlangen, daß er sich freundlich an dieser Niederlage beteiligen soll. Der zweite Wahlgang zur Präsidentenwahl gibt mir Anlaß, in einem Augenblick, wo es der Gesamtheit der nationalen Bewegung nicht schadet, sondern nur nützt, durch Ablehnung der Beteiligung eine weithin sichtbare Rundgebung zu vollziehen. Es liegt darin weit mehr, als der „Angriff“ des Herrn Goebbels sich trauen läßt. Ich habe den Wunsch, dies erst nach dem 10. April des näheren auszuführen. So, wie die NSDAP seit Oktober die großen praktischen Entscheidungen behandelt hat, geht es nicht. Bei einer anderen Behandlung der in dieser Zeit jeweils entscheidenden politischen Fragen könnte die nationale Opposition schon heute im gemeinsamen Bunde der Macht sein. In den Verhandlungen über die Präsidentenwahl habe ich gesehen müssen, wie deutlich sichtbar ein Fehler nach dem andern gemacht wurde. Ich habe seinerzeit einen „Reichsausschuß

für das deutsche Volksbegehren“ zur Bekämpfung des Youngplanes auf die Beine gestellt. An dem Tage nach dem Volksentscheid brach der von Herrn Schiele geführte Reichsländbund in Vorbereitung des Kabinetts Brüning auf, Anfangs April 1930 die Nationalsozialisten. Ich habe die nationale Opposition im Oktober 1931 in der sogenannten Harzburger Front nochmals ver-



Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach, der Präsident des Reichsverbandes der deutschen Industrie, wird, wie schon gemeldet, in den nächsten Tagen vom Reichskanzler empfangen werden. In diesem die Wünsche der deutschen Industrie und die künftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik vorzutragen.



Staatssekretär v. Bülow wird, wie schon berichtet, an Stelle des Reichskanzlers, der Deutschland in der letzten Woche vor der Reichspräsidentenwahl nicht verlassen will, Deutschland bei der Londoner Ministerbesprechung über das Donaubund-Projekt vertreten.